

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Birgit Homburger, Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/548 –**

Nordseeküste schützen, Küstenwache einrichten, international besser zusammenarbeiten

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag gestellt, mit dem sie erreichen wollen, dass der Deutsche Bundestag beschließt, dass der Schutz der Umwelt, der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der touristischen Attraktivität wichtige Ziele einer nachhaltigen und integrierten Strategie für die Nordseeküste sind und dass er die Bundesregierung auffordert, die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern im „Gemeinsamen Ausschuß Küstenwache“ zu überprüfen und eindeutig zu erkennen Ansprechpartner bei Unglücksfällen zu benennen. Sie streben weiterhin an, dass mit diesem Ziel der Koordinierungsverband Küstenwache umgestaltet und von einem von Bund und Ländern zu ernennenden Kommandeur der Küstenwache geleitet werden soll. Die Bundesregierung soll veranlasst werden, eine jederzeit ausreichende Notschleppkapazität der Gewässerschutzschiffe und weiterer technischer Ausstattungen sicherzustellen. Der Deutsche Bundestag soll die Bundesregierung weiterhin auffordern, dem 1996 in Kraft getretenen Bergungsabkommen von 1989 umgehend beizutreten, an der Weiterentwicklung des MARPOL-Abkommens aktiv mitzuwirken und auf eine Verbesserung der Koordination der Krisenbewältigung der Nordseeanrainerstaaten zu dringen.

B. Lösung

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS den Antrag auf Drucksache 14/548 abzulehnen.

Mehrheit im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/548.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/548 abzulehnen.

Berlin, den 2. Mai 2000

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Annette Faße
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Annette Faße

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 14/548 in seiner 87. Sitzung am 17. Februar 2000 in erster Lesung beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen. Er hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 16. März 2000 nachträglich an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag auf Drucksache 14/548 wird der Bundesregierung und der Landesregierung von Schleswig-Holstein fehlerhaftes Handeln im Zusammenhang mit dem Unglück der „Pallas“ vorgeworfen. Der Antrag lehnt generelle, flaggegebundene Fahrverbote ab und fordert, dass der Koordinierungsverbund Küstenwache der Behörden umgestaltet werden soll, indem ein Kommandeur die Maßnahmen der zuständigen Bundes- und Landesbehörden sowie weitere Institutionen bei Schiffsunglücken leiten soll. Weiterhin werden Forderungen in Bezug auf die Erstattung von Berichten zu solchen Unglücksfällen und zur Vorhaltung von Schlepper-Kapazitäten gestellt, konkret zu dem Schlepper „Oceanic“. Es werden zusätzlich Forderungen zum Haftungsbereich, zu den Bergungsabkommen, zur Weiterentwicklung des internationalen MARPOL-Abkommens und zur Verbesserung der Koordination der Krisenbewältigung durch die Nordseeanrainerstaaten gestellt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 22. März 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/548 zu empfehlen. Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner 36. Sitzung am 15. März 2000 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 11. Sitzung am 21. April 1999

mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 20. Sitzung am 6. Oktober 1999 mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS und Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlage in seiner 12. Sitzung am 21. April 1999 und in seiner 29. Sitzung am 22. März 2000 beraten.

Die **Fraktion der SPD** im Ausschuss meinte, dass sich der Antrag auf Drucksache 14/548 zum Teil überholt habe und es zum Teil entsprechende Forderungen in dem Bericht der Expertenkommission zur Havarie der „Pallas“ gebe. Der Antrag sei in Bezug auf einzelne Forderungen zu unterstützen, seine Forderungen seien aber nicht umfassend und er werde jedenfalls aufgrund der Vorbemerkungen abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** im Ausschuss meinte, der F.D.P.-Antrag sei in seiner Zielsetzung zutreffend, da er über die Beseitigung von Schwachstellen hinausgehend eine Optimierung der Zusammenarbeit fordere. Seine Überschrift bezeichne die richtigen Weichenstellungen.

Die **Fraktion der F.D.P.** führte aus, man glaube, dass die Position der F.D.P. auch durch den jetzt vorliegenden Bericht der Expertenkommission zur Havarie der „Pallas“ gestärkt werde. Es müsse sich jetzt an der Küste viel tun. Eine deutliche Verbesserung könne sich durch eine Stärkung der Zusammenarbeit ergeben. Bei dieser Zusammenarbeit sei eine Führung erforderlich; ob es sich dabei um einen Kommandeur oder den Chef einer nationalen Meeresagentur handeln solle, sei noch zu diskutieren.

V. Abstimmungsergebnis im Ausschuss

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion der PDS den Antrag – Drucksache 14/548 – abzulehnen.

Berlin, den 2. Mai 2000

Annette Faße
Berichterstatlerin